

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

13.2.1925 (No. 37)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Ergebnis:
Karlstr. 14
Herausgeber:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich:
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. M. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,00 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Preise und Gebühre bei Werbergebnissen tariflicher Natur, der als Kapitalarbeit gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Verrechnung und Kontostellung der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsversteigerung, Walschuldverzug, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in Unterlage Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen.

Reichskanzler Dr. Luther in Karlsruhe

Bei der Aussprache, die Donnerstag mittig im Staatsministerium in der Erbprinzenstraße in Anwesenheit einer größeren Anzahl geladener Gäste mit dem Reichskanzler über wirtschaftliche und politische Fragen stattfand, hieß, wie schon kurz gemeldet

Staatspräsident Prof. Dr. Sellpach

den Reichskanzler herzlich willkommen. Er führte u. a. aus: Herr Reichskanzler! Das Badische Land, Deutschlands Südwest-Teil am Rhein, des Reiches einziges Glied, das durch den deutschen Strom vom Fremden unmittelbar geschieden wird, heißt Sie herzlich willkommen.

Wird als Neuling kommen Sie in unsere Landeshauptstadt, aber in neuer Würde und mit neuer, noch verantwortungschwererer Bürde beizutreten. Sie haben Ihr Amt am Anfang einer hartnäckigen Regierungsperiode angetreten, die zur Staatskrise zu werden droht. Nach vergeblichen Versuchen und standhaften Weigerungen Anderer gelang es Ihnen, eine Regierung zu bilden. Ihr Programm fand die Billigung der Mehrheit des Reichstages. Auch wer die Stellungnahme der Opposition wählte, mußte anerkennen, daß Ihre Erklärungen ohne Zweideutigkeit waren. Sie proklamierten mit einer Bestimmtheit, die viele überraschte, den Schluß der republikanischen Staatsform und die Fortführung einer auf Vertrauen und Verhandlung auf pair gegründeten äußeren Politik. Die badische Regierung und das badische Land in seiner überwältigenden Mehrheit wünschen, daß Ihr Wirken getreu diesem Programm sein und bleiben und in solchem Geiste dem Vaterlande dienlich sein möge. Wie ich Sie zu kennen glaube, eignen Ihnen mindestens zwei wichtige Voraussetzungen für solches Wirken: Sie sind ein Mensch des Wesentlichen, den druntheller Schein und lärmende Nebensart nicht leicht blenden werden, und Sie haben den entscheidenden Lebensantrieb in einer gehobenen Atmosphäre des Wesentlichen, in Deutschland titanischer Arbeitsverhältnisse an der Ruhr vollzogen, wo Sie selber ein wesentlicher Mitspieler der Weltgeschichte geworden sind. Und wir begreifen es wohl alle, daß die furchtbare Katastrophe, die sich vor wenigen Stunden dort in dieser Arbeitsverhältnisse vollzogen hat, Ihrem Herzen ganz besonders nahe geht und Sie veranlaßt, Ihre Dispositionen grundlegend zu ändern und uns heute wesentlich früher zu verlassen, um selbst an die Spitze des Unglücks zu eilen.

Der Weg, den Sie von dort zu Ihrem jetzigen Amte zurückgelegt haben, verweist mir — si parva locat componere magnis — in Ihnen einen politischen Schicksalsgefährten zu begrüßen. Es ist der Weg ohne das Parlamentarismusmandat, aus der Stellung des bürgerlichen Wirtens heraus. Es ist der Weg der direkten Demokratie. Wenn ich seit langem überzeugt bin, daß dieser Weg nicht bloß ein Gelegenheitsfall, sondern für die deutsche Politik eine Notwendigkeit ist, so liegt darin keine abspredende Kritik des Parlamentarismus und der parlamentarischen Staatsmänner nie entzogen können. Aber die Männer der direkten Demokratie werden neben ihnen ihren ebenbürtigen Platz behaupten. Denn wir, die in der Geschichte die Zulage bekommen, müssen die Tüchtigen nehmen, wo wir sie finden — und der Geist der germanischen Demokratie läßt sich wohl überhaupt nicht leicht in die einfachen Formeln der lateinischen Demokratie zwängen; so mag es sein Zufall sein, daß nach der schweizerischen Eidgenossenschaft und den Vereinigten Staaten von Nordamerika nun auch die jüngste germanische Demokratie, unser deutsches Reich diese Ausleseform der direkten Demokratie sich zueignet. Gewiß liegen darin auch die Bedenken und Gefahren der germanischen Regellösung beschränkt, ebensofort aber der Reichtum und die farbige Fülle germanischer Volkstums.

Herr Reichskanzler! Ein Teil der politischen Parteien, welche die badische Regierung bilden, steht zu Ihnen in Opposition. Auch die Partei, zu der ich selber mich bekenne, gehört dazu. Aber in Baden, hier wurde ganz kurz nach den Wahlen der Staatsumwälzung schon die gute alte Überlieferung unseres Landes, dem Wesentlichen stets über allen politischen Gegensätzen stand, wieder aufgenommen, indem Koalition und Opposition sich ab und zu in Stunden der freimütigen Aussprache auf gefelligem Boden begegneten. So mander Widerstreit ist damit in Ergebnis aufgelöst worden. Wir bitten Sie, solche Stunden heute unter uns zu verbringen; und ich gehe weiter und lege daraus eine grundsätzliche Folgerung für das Wesen einer demokratischen Regierung her. Auch eine gute Opposition guten Stils überhaupt her. Auch eine gute Opposition guten Stils überhaupt her. Auch eine gute Opposition guten Stils überhaupt her.

Welches aber auch die Eindrücke des Tages sein mögen, die Sie heute abend von hier mitnehmen werden, vergessen Sie darüber ein Nebenbendes nicht. Hier in Baden, so sagte Wilhelm Nahl in einer meisterhaften Wisaansprache auf dem Weidelsberger Juristentage, stehen wir auf dem klassischen Boden des deutschen Reichsgedankens und der opferwilligen Dinge an ihn. Seien Sie überzeugt, Herr Kanzler, es ist auch immer in unserem kleinen Lande als Sinnbild deutscher Vergangenheit und Gegenwart aufzutreten — die weltberühmten

Hochschulen, das kaiserliche Münster des Erzbistums, die arbeitsdurchflutete Hafenstadt am Neckar und Rhein — alles weiß sich bei uns verantwortlich für die gemeindeutsche Zukunft. Wir sind kleiner als Preußen und ärmer als Rheinland, wir sind schwerblütiger als Sachsen und stiller als Bayern — aber wir verdienen Ihnen, daß Deutschland seinen treueren Wächter am grünen Oberreim haben kann als den badischen Staat, das badische Volk, den badischen Geist!

Auf die Aufforderung des Staatspräsidenten an die Versammlung, im Folgenden nun dem Reichskanzler spezielle badische Wünsche vorzutragen, meldeten sich

Vertreter der verschiedensten Wirtschaftskreise

zu Wort. Es wurden dabei Anliegen hinsichtlich der Wasserumschlagstarife, der Entschädigungsfrage, der Arbeitsmöglichkeit für das Handwerk und der Lehrlingsfrage, ferner hinsichtlich des Ausbaus der Wurgalbahn, der Rheinanalfrage durch das Elßah, der Kreditnot der Landwirtschaft, der Wünsche des badischen Weinhandels vorgebracht. Vertreter der Städte kamen auf Finanzfragen und auf den Wohnungsbau, Vertreter der Arbeiterschaft auf die Weiterführung der Sozialpolitik zu sprechen.

Hierauf ergriff das Wort

Reichskanzler Dr. Luther:

Sehr geehrter Herr Staatspräsident, Meine verehrten Damen und Herren!

Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir die Möglichkeit gegeben haben, so unmittelbar vor den Eindrücken Ihrer Wünsche, Ihrer Sorgen gestellt zu werden.

Der Zweck meiner Reise durch Süddeutschland war ja ein doppelter. Auf der einen Seite wollte ich mit dieser Reise betonen, welchen Wert ich darauf lege, mit den Regierungen der Länder in eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zu kommen, auf der anderen Seite aber wollte ich auch sofort in meinem neuen Amt die Verbindung mit allen Kreisen der Bevölkerung aufnehmen, um losgelöst von den Ämtern, wieder einmal unmittelbar zu erleben, wie in deutschen Landen Gegenwart empfunden wird und von welchen Maßnahmen man sich eine Milderung der Schwierigkeiten verpricht.

Es ist nicht nur vom Herrn Staatspräsidenten, sondern auch von Rednern aus Ihrer Mitte, ausgesprochen worden, wie sehr gerade in Baden immer das Gefühl für die Notwendigkeit des Zusammenstehens des ganzen deutschen Volkes in Wort und Tat lebendig gewesen ist. Ich verstehe deshalb, daß gerade Sie das furchtbare Unglück, das über Dortmund hereinbrochen ist, besonders stark mitfühlen. Bei solchen Ereignissen, wie hier, wo hundert oder gar noch mehr Menschen mit einem Male ihr Leben einbüßen, da kommt uns so recht zum Bewußtsein, wie gering doch immer die Möglichkeit ist, gegen die dunklen Kräfte des Schicksals anzugehen. Wir bemühen uns durch allerhand Fürsorge das Menschenleben zu schützen und zu erhalten, wir haben auch große Erfolge erzielt bei dem Versuch, die Gefahren, die den Menschen früher durch Seuchen viel mehr bedroht haben als heute, auf ein Mindestmaß zurückzuführen. Wir treffen allerhand Vorkehrungsmaßnahmen, um Naturgefahren zu bannen. Wir versuchen auf dem ganzen Gebiet der Sozialpolitik die Lebensgrundlagen für die Menschen besser zu gestalten. Dann kommen Ereignisse dazwischen, die das alles wieder über den Haufen werfen und uns zeigen, wie schwach all unser Können ist. Und solche Ereignisse, wie das in Dortmund, zeigen besonders, wie die ganze Entwicklung unserer Zeit, wie diese gewaltige Ausdehnung der Technik, wie das, was auf der einen Seite als der große Fortschritt der Menschheit der Gegenwart erscheint, auf der anderen Seite immer neue Not und neue Gefahren heraufbeschwört. All das zeigt uns, wie ungeheuer die Aufgaben sind, die wir miteinander lösen müssen, um unter diesen veränderten Verhältnissen eine lebenswürdige Grundlage für die Menschheit zu schaffen.

All das, meine Herren, sind Aufgaben, die der Menschheit gestellt sind. Diese Aufgaben sind so ungeheuer, daß die ganze Menschheit für ihre Lösung aufgerufen werden muß. Diese großen Menschheitsaufgaben werden aber erst befriedigend gelöst werden können, wenn wir auch in der großen Politik zu einem wirklichen Frieden unter den Völkern kommen. Nach dieser Richtung haben wir sicherlich einen Schritt vorangetan durch das Londoner Abkommen. Wir haben ja auch gerade durch dieses Abkommen das badische Land von dem ungerochtfertigten Eingriff in seine Landeshoheit und in das Leben seiner Bevölkerung befreien können. Wir wollen auf diesem Wege mit aller Kraft fortfahren. Wir wollen deshalb alles tun, damit der Geist des Londoner Abkommens sich in der Richtung auf einen wirklichen Frieden auf der ganzen Erde auswirkt. Der englische Herr Außenminister hat neulich in einer Rede mit besonderer Betonung auf den Schlußsatz der letzten alliierten Note hingewiesen, indem er gesagt war, daß die Alliierten ihrerseits den Versailler Vertrag auf das Kleinlichste innehalten würden. Ich hoffe, daß diese Zusicherung erfüllt wird. Dann ist es aber unmöglich, daß in die Frage der Räumung der Rhiner Zone, die eine gesamtdeutsche Frage und insbesondere auch eine badische Frage ist (Lebhaftes: Sehr richtig! und Beifall) andere Fragen hineingezogen werden, die nichts mit ihr zu tun haben und daß die Räumung von der Erfüllung von Voraussetzungen abhängig gemacht wird, die im Vertrag von Versailles keinerlei Stütze finden. Man hört immer wieder aus der ausländischen Presse von Forderungen wie von dem vorher-

gen Zustandekommen eines Sicherheitspakt, man spricht sogar von der Notwendigkeit einer vorherigen Regelung des Problems der interalliierten Schulden, also eines Problems, das Deutschland überhaupt nichts angeht. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Diejenigen Kreise des Auslandes, die von ihren Regierungen ernsthaft die Aufstellung derartiger Voraussetzungen für die Räumung verlangen, zeigen damit, daß sie ihrerseits die Zusicherung der alliierten Note, von der ich vorhin sprach, vollständig verleugnen und vor einem offenkundigen Vertragsbruch nicht zurückzusehen (Zurufe: Sehr richtig!)

Daß sich die Reichsregierung der ganzen Bedeutung der Sicherheitsfrage voll bewußt ist, geht aus meinen wiederholten Erklärungen, in denen ich unsere Vereitschaft, positiv an der Lösung dieser Frage mitzuarbeiten, zum Ausdruck gebracht habe, zur Genüge hervor. Ein dauernder Sicherheitspakt ohne die Mitwirkung Deutschlands ist nicht denkbar. Diese Mitwirkung kann aber nur eine freiwillige sein (Zurufe: Sehr richtig!) und darf nicht unter dem Zwang einer Verlängerung der militärischen Besetzung deutschen Gebietes stehen. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Dauernde und wirkliche Friedenssicherungen können nur geschaffen werden, wenn sie von dem freien Entschluß der Völker getragen sind und wenn sie das Siegel der Gegenseitigkeit und der Gleichberechtigung tragen (Lebhaftes: Sehr richtig! und Beifall). Der Druck aufgezwungener Servituten schafft nicht Frieden, sondern Unfrieden. Auch die Umkleidung solcher Servituten mit einem internationalen Charakter, wie etwa ihre Einbeziehung in die Organisation des Völkerbundes würde hieran nichts ändern. Sie würde im Gegenteil dazu dienen, diese Organisation ihren wahren Zielen zu entfremden und sie zum Instrument der Sonderziele einzelner Völker zu machen. (Lebhaftes: Sehr richtig!)

Meine Herren! Wenn ich so in der Frage der Außenpolitik, die Sie hier auch in ihrer ganzen Bedeutung als Deutsche und als Badener fühlen, immer wieder für den wirklichen Frieden einrede, so muß uns dieses Ziel in entsprechender Weise auch für das innere Zusammenleben unseres Volkes vorschweben. (Zurufe: Sehr richtig!)

Ich bin Ihrem Herrn Staatspräsidenten für die von hoher Marke gesprochenen Worte über die Formen, in denen sich deutsches Staatsleben auswirkt und auswirken kann, aufrichtig dankbar. Eine solche Erkenntnis, die nicht an der augenblicklichen Parteistellung und nicht an dem augenblicklichen Parteiprogramm haftet, sondern die die Dinge unseres Volkslebens aus den Eigentümlichkeiten, aus dem geschichtlichen Werdegang heraushebt ist von größtem Wert, weil sie uns auf die Grundlagen gemeinsamen Schaffens und Arbeitens zurückführt.

Demgegenüber ist das Problem des Vertrauens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wie es hier von Seiten der Vertreter der Gemeinden ausgesprochen worden ist, eine Frage der praktischen Anwendung. Es ist selbstverständlich, daß die öffentlichen Körperschaften sich untereinander verstehen und sich gegenseitig Vertrauen entgegenbringen müssen. Wenn deshalb einmal das Reich ein besonderes Interesse auch für die Dinge zeigt, die sich in den Gemeinden vollziehen, so bitte ich die Herren Oberbürgermeister, die hier zu Worte kamen, darin nicht etwa einen Angriff auf die Selbstverwaltung erblicken zu wollen. (Zurufe: Sehr richtig!) Ich weiß, welche Bedeutung für die politische Ausbildung unseres Volkes der Gedanke der Selbstverwaltung hat, da gerade in der Selbstverwaltung ein großer Teil der Mitwirkung an den allgemeinen öffentlichen Dingen ermöglicht wird. Die Grundlage gegenseitigen Vertrauens ist, daß man grundsätzlich den Menschen, die auf die verantwortlichen Stellen berufen sind, Vertrauen entgegenbringt. Alle Politik muß sich letzten Endes stützen können auf die Pfeiler eines starken Wirtschaftslebens. (Sehr richtig!) Diese Pfeiler sind zweierlei: „rein wirtschaftliche“ und „soziale“. Darin liegt durchaus kein Gegensatz. Denn die Wirtschaft vollzieht sich am lebendigen Volkstörper und ist eine Angelegenheit lebendiger Menschen. Bei der fortschreitenden Entwicklung unserer großen Wirtschaftsbetriebe ist es selbstverständlich, daß die Regierung um des Wirtschaftszieles in seiner Gesamtheit willen und in dem Bewußtsein der Tatsache, daß wir doch alle nur arbeiten für unsere Volksgenossen, auch auf sozialem Gebiet alles tun wird, was notwendig ist.

Ich habe es sehr begrüßt, daß der erste Redner die Frage des Sparens in den Vordergrund gestellt hat. Die Vorstellung, als könne man einfach Kredite aufnehmen und mit ihnen loswirtschaften, rührt aus der vollkommenen Begriffsverwirrung der Inflationszeit her. (Sehr richtig!) Wenn wir heute für wirtschaftlich nicht unmittelbar produktive Zwecke Auslandskredite suchen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß diese Auslandskredite doch einmal zurückgezahlt werden müssen (Sehr richtig!) und sie können doch nur zurückgezahlt werden aus dem, was die deutsche Volkswirtschaft inzwischen gespart hat. (Sehr richtig!) Es ist deshalb geradezu verhängnisvoll, etwa wahllos Kredite aufzunehmen. Eine gesunde Wirtschaftsgebarung wird Auslandskredite nur aufnehmen und wirksam werden lassen, wenn wirklich stark produktive Zwecke in Frage kommen. Zur Kreditfrage der Landwirtschaft möchte ich wiederholt betonen, daß wir ganz selbstverständlich alle zweckmäßigen Mittel anwenden müssen, um die Erzeugungskraft des deutschen Bodens zu steigern. Ich kann deshalb nur aussprechen, daß Kredite, die die Landwirtschaft zu tragbaren Bedingungen bekommt, gut angewendet werden müssen im Interesse unserer ganzen Bevölkerung, nicht zuletzt der städtischen Bevölkerung. (Sehr gut!)

Meine Herren! Es ist dann eine große Anzahl von Einzelfragen vorgebracht worden, unter denen ich vielleicht zwei Gruppen unterscheiden darf: Fragen, die mit den besonderen

Verhältnissen der Bekanntheit, insbesondere Mannheimer, zusammenhängen und andere Fragen, die das gesamte badische Land oder doch Teile des badischen Landes betreffen. Ich kann auf diese Einzelfragen keine Einzelantwort geben; das wird auch niemand erwarten haben.

Ich kann Ihnen versichern, daß ich den Fragen, die Sie hier für Baden vor mir entwickelt haben, meine volle Aufmerksamkeit zuwenden werde.

Der Reichszentralrat gab zum Schluß seiner Befriedigung darüber Ausdruck, in dieser unmittelbaren Aussprache eine genaue Darstellung der besonderen Verhältnisse des badischen Landes bekommen zu haben, namentlich aber darüber, daß diese ganze Erörterung von dem Gedanken getragen war, unter dem auch er arbeite: alles tun zu wollen und sich bei allen Wünschen und Hoffnungen von der Erkenntnis leiten zu lassen, daß das Heil nur kommen könne von einer Gesundung unseres gesamten Volkes, unseres gesamten Vaterlandes. (Lebhafter Beifall mit Händelschlägen.)

Darauf führte

Staatspräsident Prof. Dr. Hellyach

folgendes aus:

Meine Herren! Sie haben durch Ihren Beifall bereits den Dank zu erkennen gegeben, den wir dem Herrn Reichszentralrat für seine Anwesenheit und für seine Ausführungen schuldig sind.

Ehe wir auseinandergehen, ist es uns wohl allen ein Bedürfnis, der Toten zu gedenken, die in den Morgenstunden dieses Tages (Die Anwesenden erheben sich) auf dem Felde der Ehre der deutschen Wiederaufbauarbeit gefallen sind. Nach den neuesten Nachrichten reicht die Zahl der sicher Toten schon jetzt an die anderthalb Hundert heran, und es besteht kaum eine Hoffnung, daß von den übrigen Eingekerkerten noch jemand gerettet werden kann. Ich glaube, auch in Ihrer aller Namen zu sprechen — indem ich feststelle und Ihnen dafür danke, daß Sie sich zu Ehren der Toten von Ihren Sätzen erhoben haben — wenn ich Sie um Ihre Zustimmung bitte, auch das Beileid und Mitgefühl dieser Versammlung, vereinigt mit demjenigen der badischen Staatsregierung, nach Dortmund übermitteln zu dürfen. (Beifall.)

Politische Neuigkeiten

Der Reichsrat

erklärte sich in seiner öffentlichen Sitzung am Donnerstag mit der Verlängerung des deutsch-portugiesischen Handelsvertragsprotokolls auf 1 1/2 Jahre einverstanden und genehmigte einen Gesetzentwurf, wonach Gemeinden und Gemeindeverbände ausländische Anteile nur mit Genehmigung des Reichsfinanzministers aufnehmen dürfen, soweit nicht durch Landesgesetze eine Genehmigung vorgezogen ist. Angenommen wurde ferner ein Gesetzentwurf über die zweite Änderung der Personalabbauregung. Außerdem beschloß der Reichsrat, daß jede Pensionierung künftig wegfallen soll. Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte dazu, daß die Regierung sich vorbehalte, dem Reichstag eine besondere Vorlage zugehen zu lassen, worin die Kürzung von Pensionen soweit aufrecht erhalten wird, als das Arbeitseinkommen dabei berücksichtigt wird. Die durch die Personalabbauregung vorgezogene Berücksichtigung des Einkommens aus Privatvermögen soll allerdings wegfallen.

Die französischen Beamtengehälter. Die französische Kammer hat am Mittwoch die Gehaltskala der Beamten festgelegt, die sich von 5600 bis 40 000 Francs bewegt. Die Crisulagen und Familienzulagen werden jeweils erhöht, wenn der Index um 10 Prozent steigt. Sie werden herabgesetzt, wenn er um 10 Prozent fällt. Als Basis für die Berechnung der Lebensmittelerhöhung dient der 1. Jan. 25 oder die Indexziffer 400.

Das Wahlergebnis in Jugoslawien. Nach der „Belgrader Agentur Avala“ werden folgende Wahlergebnisse amtlich bestätigt: Radikale 140 Sitze, Demokraten Richtung Tribitschewitsch 22, insgesamt 162 Stimmen für die Regierungskoalition. Die Demokraten der Richtung Davidowitsch erhielten 37 Sitze, die kroatische Partei, Richtung Raditsch-Trumbitsch 67, die katholischen Slowenen 20, die bosnischen Muhammedaner 15, insgesamt 139 Stimmen der Opposition.

Nähertritt der portugiesischen Regierung. Die Agentur Savas meldet aus Lissabon: Der von den demokratischen Abg. Agatharo und Lano eingebrachte Mißtrauensantrag gegen die Regierung wurde von der Kammer mit 65 gegen 45 Stimmen angenommen. Das Kabinett ist hierauf zurückgetreten.

Kammerspiele

Frau Warrens Gewerbe

Schauspiel in vier Aufzügen von Bernard Shaw

In Szene gesetzt von Friedrich Weug

Shaws Grundanschauung ist der Wille des Lebens. Alle Tradition und Konvention engt diesen Lebenswillen ein, hemmt ihn, schädigt ihn. Infolgedessen verneint Shaw alle Tradition und Konvention als lebensfeindende, lebenswahrheit trübende Illusionen. Da wir aber durch jahrhundertelange Gewohnheit bewußt oder unbewußt gewohnt sind, in Traditionen und Konventionsformen zu denken, so leben wir in einer Welt von Täuschungen aller Art, deren Hauptauswirkungen Sentimentalität und Märseligkeit sind, und wir empfinden daher Shaws Verneinung, die uns von dieser Gefühlsverlogenheit befreien soll, als umstößend, revolutionär. Er scheint uns immer wieder alles auf den Kopf zu stellen. Und tatsächlich mag ja in ihm ein aufrichtiger Wille zur Klarheit und Wahrheit seinen Vorstellungen zugrunde liegen, das Ziel des schlauen Iren ist doch immer die in der Übercasung des Inneren erwartete entsetzende Komik, das französische Epater le bourgeois des freibühnen Sozialisten, der mit witzgetränkter Dialogbeherrschung den verschlafenen Bürgerphilister aus seiner trägen Gemütsruhe aufrüttelt, indem er immer wieder mit verstandesfähiger Dialektik beweist, daß alle jene von Gewohnheit geheiligten und liebgewordenen Gefühle von Selbsterhöhung, Ehrfurcht vor dem Alter, Kinderliebe und -dank gegenüber den Eltern nur soziologische Illusionen sind, die dadurch um nichts an Wahrheit gewinnen, daß sie der Bequemlichkeit des denkfaulen und einfühlungsbedürftigen Bürgerphilisters dienen. Nach Shaw ist der Mensch ein Einzelwesen, der von Natur aus illusionslos ist und ohne jeden Traditions- und Konventionsglauben seine Handlungen- und Gefühlswege allein bestimmen läßt durch seinen von klarer Vernunft beherrschten Lebenswillen.

In dieser aller Mühsamkeit und Sentimentalität, ja alles dessen, was wir Gemüt nennen, baren klaren Luft gedeiht kein Humor noch Gemeinschaftsgefühl, dafür aber grundsätzliche, geistvolle Komik und treffischerer, verstandesnäherer Witz, getragen von überaus scharf gesehenen und gezeichneten Individuen. Shaws Komödien sind daher voll des Lachens,

Wirtschaftliche Umschau

Eine Forderung und eine Frage drängen sich bei den täglichen Enthüllungen und Mitteilungen über die verschiedenen Finanzaffären immer wieder auf. Die Forderung lautet natürlich: schonungslose Aufdeckung und Ausbügung alles Morschen aus dem öffentlichen Leben, was zu finden ist, die Frage aber: Wie kommen wir endgültig aus dem Sumpf heraus, wie schließen wir die Möglichkeit einer Wiederholung ähnlicher Vorgänge aus? Die Forderung entspringt dem Gebot staatlicher Selbsterhaltung, die Frage aber ist zur einen Hälfte bereits durch die Tatsachen beantwortet.

Das Offenbarwerden all der üblen Dinge, die sich aus der Inflation und deren Liquidierung ergeben haben, gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ist kein Zufall. Vor allem hat die nun über ein Jahr bereits durchgeführte Währungsstabilisierung an und für sich schon ähnlich gewirkt wie die Entwürfung eines verunpflanzten Gebiets. Es wird sich nun darum handeln, diese Arbeit planmäßig fortzusetzen, und allen Sumpfgewächsen auf die Dauer Boden und Nahrung zu entziehen. Schiebnaturen, nicht ehrbare Kaufleute hat es immer gegeben, aber ihre Zeiten sind die einer allgemeinen Unsicherheit, wie wir sie hatten, einer Unsicherheit der fundamentalen Rechtsbegriffe, wie sie der Krieg nun einmal im Gefolge hat, oder der unmöglichen Exekutive, der Folge der Überspannung der Zwangswirtschaft oder der Unsicherheit des öffentlichen Geldwesens, der Inflationswirtschaft des Staates. Daß die jetzige Übergangszeit mit ihren Reinigungsstufen besonders schwere Anforderungen an alle Verantwortlichen stellt, ist ohne weiteres klar, und ebenso, daß es jetzt eben häufig heißt „gewogen und zu leicht befunden“. Entschuldigungen aus dem „Milieu“ mag es allenfalls beim Strafmaß geben. Aus dem öffentlichen Leben wie auch aus verantwortlichen Stellen haben aber alle sofort zu verschwinden, die sich zweifelsfrei als unwürdig und unfähig gezeigt haben. Ausreichende Bezahlung der Verantwortlichen und Disziplinierung der Verwaltung, Reinigung der politischen Parteien und öffentlichen Körperschaften nicht nur von nicht einwandfreien Persönlichkeiten, sondern auch von manchen Denkgelehrtheiten werden die Gewähr dafür geben können, daß ein dauernder Erfolg sich einstellt. Dabei halten wir nach wie vor an dem Standpunkt fest, daß parteipolitische Ausnutzung und Hege hier nicht angebracht und mehr als alles andere geeignet ist, eine sachdienliche Aufklärung zu verhindern. In der Beurteilung der ganzen Angelegenheit werden sich alle auf Sauberkeit und Anständigkeit haltenden Elemente im ganzen Volk einig sein.

Seit mehreren Wochen ist außer der gerichtlichen Untersuchung der verschiedenen Skandale auch die parlamentarische im Gange. Es tagt ein Ausschuss des Reichstags, der preußischen und neuerdings auch ein solcher des sächsischen Landtags, vor allem um die gegen die verschiedenen Politiker erhobenen Vorwürfe nachzuprüfen. Was aus diesen Untersuchungen und verschiedenen Enthüllungen in der Presse, denen übrigens die Varnats selbst zum Teil nicht ganz fernzustehen scheinen, herauskam, hat einzelne Persönlichkeiten bereits derart belastet, daß es gegen sie zur Einleitung von Ermittlungsvorfahren, ja Festnahmen gekommen ist. Was die finanzielle Seite der Angelegenheit anlangt, so betrug die Summe der an Antiker gewährten Kredite nach den Angaben von antiker Seite 14 1/2 Millionen. Der Ausgang des über das Vermögen Antikers nun verhängten Konkursverfahrens wird zeigen, wieviel davon verloren ist. Die Schuld der Varnats an die Preussische Staatsbank betrug Ende 1924 9 1/2 Millionen. Auf jeden Fall werden

auch hierbei wohl erhebliche Verluste entstehen. Die verschiedenen anderen Affären sind noch fast alle derart im Stadium der Voruntersuchung, daß Endgültiges und Weiteres aus dem Untersuchungsergebnis außer dem bereits durch die verschiedenen Pressemitteilungen mitgeteilten vorerst nicht vorliegt. Auch hier, wie bei der Affäre der Depositen- und Handelsbank, der Landesbankbesitz u. a. Skandalen, handelt es sich voraussichtlich um Millionenbeträge an öffentlichen Geldern.

Dabei ist die Forderung der Sparpolitik seit langem erhoben und allseits als grundlegend für die weitere Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens, die Wiedergesundung unserer Wirtschaft und das Gedeihen des Staates überhaupt anerkannt worden. Wie in diesen verschiedenen Fällen öffentliche Gelder an Spekulantenausgaben wurden und zum größten Teil in Verlust gerieten, so brachte die große Spritfabrikaffäre, die ja bekanntlich auch auf Baden herübergriff, anheimelnd einen recht erheblichen Ausfall an Steuern, die unterschlagen wurden.

Was die der Ruhrindustrie gewährten Entschädigungen anlangt, von denen ja über 650 Millionen bereits ausbezahlt sind, so ist die Hauptfrage die, ob ein solches Kriegenutz aus Entschädigungen berechtigt und vor allem tragbar für die deutsche Finanzen ist. Die letzte Frage muß, wird die Inflationsziffern bereits erwähnten Öhren gestellt, zweifellos verneint werden. Es fragt sich dabei nur, wie es zur Auszahlung solcher Summen kommen konnte, an die Ende 1923 niemand gedacht hat. Hat ja auch Stinnes die Zusage der Regierung auf Entschädigung seinerzeit als „Mondwechsel“ bezeichnet. Wie es damals vor der Währungsstabilisierung aussah, illustriert auch die Tatsache, daß, während die Reichsbehörden die schärfsten Vorschriften gegen Sicherungskäufe von Gold und Devisen und gegen die Überführung des Einheitskurzes erließen, andere Reichsbehörden, wie Post und Reichsbahn, wenn auch mit Einwilligung der Reichsregierung Gold und Devisen für ihre Zwecke unter der Hand ankauften und dabei an ein solches Unternehmen wie die Depositen- und Handelsbank gerieten.

Die große Reichsfinanzreform soll viererlei bringen: Die neuen Steuergesetze, deren Bearbeitung im Reichsfinanzministerium im wesentlichen vollendet ist und über deren Inhalt im Steuerentscheid des Reichstags die bereits gemeldeten ausführlichen Mitteilungen gemacht wurden, den Finanzausgleich mit Ländern und Gemeinden, wobei die Wünsche der Länder von denen des neuen Reichsfinanzministers in wesentlichen Punkten abweichen, weshalb man jetzt ein Kompromiß zwischen Reich und Ländern sucht, die kleine Zollvorlage, deren Vorarbeiten so gut wie abgeschlossen sind und die neben Industriezöllen die theoretische Anerkennung der Notwendigkeit von Getreidezöllen bringen soll, jedoch die Regierung eine Art allgemeiner Vollmacht erhalten soll, und schließlich die Regelung der Aufwertungsfrage, bezüglich deren endgültiger Lösung ja kürzlich mitgeteilt wurde, daß die Reichsregierung in spätestens drei Wochen einen Gesetzentwurf dem Reichstag überreichen wolle.

Die neuen Steuergesetze stehen mit dem Finanzausgleich in engem Zusammenhang, als bei Durchsetzung der Wünsche der Länder die neuen Steuern wohl auch anders gestaltet werden müßten. Die Forderungen des badischen Parlaments sind in der mitgeteilten Entscheidung des Haushaltsausschusses des badischen Landtags enthalten, in der einstimmig zunächst einmal die Vereinfachung des gesamten Steuersystems gefordert wurde, weiter mit Stimmenmehrheit das Zuschlagsrecht für Länder und Gemeinden und die Rückgabe der eigenen Steuerhoheit an die Länder. Dabei wurde gegen die Absicht

an- und aufregend, aufrüttelnd und aufreizend, beißend, satirisch, reich an neugedrehten Perspektiven, aber weder humorvollgestaltete Lustspiele noch eigentlich durchkomponierte Dramen, da ja nur Einzelwesen, ohne Gemeinschaftsgefühle verbundene Individuen ihre fix und fertigen Ansichten aussprechen, ohne daß es erst eines Ringens und kämpfens Mühsams bedürfte. Alle, die zu alt für ihre neuen Überzeugungen sind, werden nicht als bewußte Kämpfer des Alten gegen das Neue, sondern nur als dunkle Folie gegen das helle Neue dargestellt, denn die Kunst gestaltet ja nach Shaw nicht nur der Kunst, sondern um der Lehre, der Didaxis willen.

Ein ausgezeichnetes Beispiel für diese Art Shawianischer Dramaturgie ist „Frau Warrens Gewerbe“. Die Hauptfigur ist Vivie Warren, der ausgesprochene Typus jener respekt- und illusionslosen, verstandesklaren Jugend. Ihr entspricht der in Shaws Skizzen häufig wiederkehrende Typus des jungen helteren Kreislings Frank. Vivie ist die Tochter von Frau Warren, die ihr eine sorgfältige Erziehung, fern ihrer eigenen Lebenskreise, hat angebahnen lassen und nun erscheint, um in Zukunft mehr wie bisher mit ihrer Tochter zusammen zu sein. Dabei erfährt Vivie, daß ihre Mutter Vorderbesitzerin ist. Wenn sie auch die Umstände, die ihre Mutter dazu geführt haben, vollauf begeistert, so kann sie doch nicht an diesem moralischen Schmutz teilhaben und sagt sich trotz der Bitten und Tränen der Mutter von ihr los, um unter Verzicht auf ihr Geld sich ein eigenes Leben der Arbeit und Selbstaufbau aufzubauen. Frank, der Sohn eines beschränkten Pastors, der in seiner leichtsinnigen Jugend selbst mit Frau Warren in intimen Beziehungen gestanden hat, ist gleich Vivie illusionslos, aber ohne ihren Willen und ihre Energie zur Arbeit. Er liebt Vivie, aber da ihm der Ernst ihrer Lebensauffassung abgeht, so entfugt er einer auf dortige Erwerbsarbeit gestellten Verbindung. Vivie bleibt allein, ohne Illusionen über Arbeit und Liebe, und wird ihren Weg machen.

Daß dieses Stück, das voll ist von witzigen und ernsten, satirischen und ironischen Bemerkungen über Leben und Menschen und ihre gegenseitigen Beziehungen, von der Theaterleitung zur Aufführung ausgewählt wurde, bedarf keiner Rechtfertigung. Wie aber diese Aufführung zustande kam, war eine schwere Enttäuschung. Immer wieder habe ich gelegentlich der Besprechung von Kammerpielaufführungen betont,

daß es so etwas wie einen eigenen Kammerpielstil gebe und daß damit, daß ein Stück nicht im großen Theater aufgeführt werde, es noch lange kein Kammerpiel werde. Es handelt sich um eine Frage des Stils und nicht um eine Frage des Ortes. Dabei muß doch wirklich einmal ausgesprochen werden, daß die Bühne des Künstlerhauses — von dem durch die eng gedrängten Sitzreihen als Zuschauertraum unangenehmen Saal zu schweigen — doch nur ein ganz kümmerliches Notbehelf ist, so daß es also wirklich kein künstlerisches Vergnügen sein kann, wenn dazu auf dieser allzu kleinen und leuchtig unzulänglichen Kleinbühne Nicht-Kammerspiele aufgeführt werden. Gestern sah man den Intendanten und den Oberpielleiter im Zuschauertraum: es steht zu hoffen, daß die Aufführung es überzeuge, daß man auf diese Weise keine künstlerischen Erfolge erzielen kann. In einem kleinen Orte ohne richtige Bühne läßt man sich Derartiges gefallen, hier in Karlsruhe ist es eine unzureichende Verirrung.

Friedrich Weug, der das Werk inszenierte, hätte dies allerdings erkennen müssen. Es ist unverständlich, wie ein Regisseur mit künstlerischen Ambitionen zu einem derartigen Mißerfolg sich ergeben kann, wobei doch offensichtlich nur ein Weug die Sache etwas gar zu bequem. Der erste Aufzug wirkt in seiner ganzen Aufmachung schmierenhaft, wozu natürlich die unzureichende Bühne wesentlich beitrug. Aber glaubt Herr Weug wirklich, daß in England ein Sir George Crofts im Zeremonienzug auf der Bahn reist, und die diebereite Frau Warren im Seidenkleid ohne Staubmantel; ist ihm der Dialog zwischen Vivie und Braed über den Stuhl so gleichgültig, daß er einen einfachen Hocker an Stelle eines halbierten Gartenlehnhuhns treten läßt und damit den Sinn des Gesprochenen zu Unsinne verkehrt; er glaubt doch nicht, daß Braed mit dem Hocker seine Finger verletzten könne, oder daß ein Gentleman der Dame den Hocker anbietet, um selbst auf dem Stuhl mit Lehma Platz zu nehmen. Dies sind gewiß Kleinigkeiten, aber gerade Shaw betont diese doch, da sie ihm Symbole der Konvention sind; man braucht nur Shaws naturalistisch anspruchsvollen Regiebemerkungen zu lesen, um darüber im klaren zu sein. Shaw schafft damit die Atmosphäre seiner Stücke, die Atmosphäre der englischen Konvention und Sitte. Herr Weug muß doch wissen, daß Shaw einen eigenen Stil hat, der sich von dem des Herrn Argensjemand aus Burtshede unterscheidet.

des Reichs Stellung genommen, sich bei der Einkommensteuer, die eine wesentliche Steuerquelle der Länder bilden mußte, 33 1/2 Proz. zu sichern. Man sprach sich u. a. ferner für ein Reichsrahmengesetz aus, das die zulässigen höchsten Steuertarife enthalten und die Grundlage für eine einheitliche Einkommensteuer im ganzen Reich bilden soll. Gegenüber den Forderungen der Länder auf der Konferenz der deutschen Finanzminister, wo die Länder insgesamt eine Entschärfung mit ähnlichen, noch weitergehenden Wünschen vorlegten und vor allen Dingen die volle Rückgabe der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuer und die Wiederherstellung der Steuerhoheit der Länder verabsichtigten, hat der Reichsfinanzminister lediglich einen anderen Aufteilungsschlüssel und, ohne sich in Einzelheiten zu äußern, auch den Gemeinden das Zuschlagsrecht in beschränktem Umfang angeboten. Es wird sich fragen, ob dabei ein Weg gefunden werden kann, der den Gemeinden dadurch auch die übrigen wünschenswerten größeren Verantwortung für ihre Finanzgebarung auferlegt. In Wirklichkeit handelt es sich bei dem Finanzausgleich um mehr als nur um eine Frage finanzpolitischer Art. Die Wiedererlangung größerer Selbstständigkeit vor allem der Länder auf finanziellen Gebiet hätte auch verfassungsrechtliche Konsequenzen anderer Art. Die Bestimmungen einer umfangreichen Dezentralisation weisen neuerdings auch auf die jüngsten Finanzaffären hin und erkläre eine bessere Kontrolle der öffentlichen Finanzgebarung in weitgehender Selbstverwaltung und Verantwortlichkeit.

Die „kleine Zollvorlage“ soll vor allem zu den kommenden Wirtschaftsverhandlungen eine bessere Grundlage und ein besseres Mittel geben, als man bisher hatte. Die Novelle, welche für eine erhebliche Anzahl von Positionen veränderte Zollsätze bringt, ist schon im vorigen Herbst vom Reichswirtschaftsrat durchgearbeitet worden und konnte lediglich wegen der Auflösung des Reichstags damals nicht schon verabschiedet werden. Die große Zolltarifrevision, die für die späteren langfristigen Handelsverträge die Grundlage geben soll, befindet sich zur Zeit in Vorbereitung im Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrats, der sich in noch vorläufigem monatlicher Arbeit zurzeit mit dem vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten neuen Zolltarifschema beschäftigt.

In der Währungssache soll, wie es in der Denkschrift der Reichsregierung heißt, vor allen Dingen eine dauerhafte Regelung herbeigeführt werden. Die endgültige Belastung von Staats- und Volkswirtschaft und der alten Papiermarkschulden sollen festgestellt und Rechtsgewißheit auf dem Boden eines der Willigkeit entsprechenden endgültigen Ausgleichs geschaffen werden. Die Denkschrift der Reichsregierung und andere Berechnungen zeigen die geradezu ungeheuerlichen Schäden, welche die Inflation angerichtet hat. Um nicht weniger als 172 Milliarden Mark handelt es sich, davon 78 Milliarden Reichs- und Landesanleihen, 9 Milliarden Kommunalanleihen, 65 Milliarden Hypothekendarlehen, 18 Milliarden Sparfängeldarlehen, 2,1 Milliarden Industriebankeinlagen! Die Inflation war eine Enteignung von Vermögen, wie sie bisher noch nie in der Welt vorkam und die in der Hauptsache den deutschen Mittelstand traf. Welch ungeheuren Schäden sie außerdem noch angerichtet hat, sehen wir in den Finanzskandalen und Affären, deren Zutagetreten nichts anderes als eine Liquidationserscheinung der Inflationsperiode darstellt. Sie zeigen auch, welche riesige moralische Schäden neben den Schäden an meist mühsam erworbenen und erpartem Eigentum angerichtet sind. 40 Millionen sind zur Wiedergutmachung vorerst nur in Aussicht genommen, ein wahrlich recht geringer Betrag, wenn man die Verluste an Geldern der Allgemeinheit bei den Finanzskandalen, die wohl mindestens die gleiche Summe ausmachen, damit vergleicht oder gar die 700 Millionen-Entscheidungen, welche die Ruhrindustrie für ihre Niumlieferungen zu sichern sich verstanden hat.

Bei so etwas Unenglisches, wie die gestrige Aufführung ist bei Shaw undenkbar. Die Hauptperson des Stückes ist Vivie Warren; nach Shaw ein junges, in besten englischen Pensionen erzogenes Mädchen voll Leben, Energie, mit von Sport getriebener Körper — sie erträgt es ausdauernd ihrer Mutter gegenüber; Herr Veag führte uns eine mollige, runde Person vor, die mich an ein liebes Pummelchen erinnerte, denn an ein frisches, selbstbewußtes Sportmädchen, und dazu ihre Kleidung! — im Sommer auf dem Land ein hochgeschulenes Volkstüch! Herr Veag scheint nicht allzuviel Verständnis für Shaw zu haben. Das zeigte sich auch darin, daß er die einzelnen Gestalten falsch aufzufassen oder wenigstens als verantwortlicher Spieler zuletz, daß sie nicht so aufgeföhrt wurden, wie es Shaw deutlich vorgeschrieben hat. Auch wenn ich mit der unzulänglichen Bühne die schlechte Überleitung als mitschuldig gelten lasse, kann ich den Regisseur nicht freisprechen.

Selbst der künstlerische Gewinn des Abends ist eigentlich auf sein Sollkonto zu buchen. Er bestand in der überaus starken darstellerischen Leistung von Melanie Ermarch als Frau Warren. In Sprache und Spiel schuf sie eine einheitliche Persönlichkeit, von solcher eindringlichen Kraft, daß sie mit weitem Abstand die beherrschende Rolle des Abends hatte. Für Melanie Ermarch ist dies nur ein weiterer Beweis ihrer ebenso hochstehenden wie weitreichenden reifen Künstlerschaft. Für den Regisseur ist es aber ein Beweis dafür, daß er das Stück in seiner Gesamtheit nicht zu seinem richtigen Ziel führte, denn Shaw wollte ja die Tochter und nicht die Mutter zur Hauptperson machen. Die Regie hätte schon auf dies Ziel stärker hinarbeiten müssen, allerdings wäre dann wahrscheinlich eine andere Verteilung der Tochterrolle notwendig gewesen. Charlotte Anne genügt als Vivie nicht, sie verstand nicht ihre Lebensart als gesunde Überlegenheit glaubhaft zu machen, erweckte vielmehr den Eindruck eines eingebildeten Hänschens. Friedrich Nürknerer machte aus dem Sir George Crofts eine durchaus einheitliche Rolle von starkem Eindruck, aber auch hier gilt, wie bei Mel. Ermarch, daß sein darstellerischer Erfolg ein Mißerfolg des Regisseurs war, da der auf der Bühne erscheinende Crofts sehr wenig Ähnlichkeit mit der von Shaw

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 12. Febr.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 12.20 Uhr und gedenkt des schweren Grabenunglücks bei Dortmund in eindringlichen Worten und forderte auf, alles zu tun, um denen, die unter so furchtbaren Gefahren ihrem Berufe nachgehen müssen, mehr Schutz, Erleichterung und Besserung ihrer Verhältnisse zu gewähren. (Das Haus hat sich von den Plätzen erhoben.)

Abg. Jadaich (Komm.) beantragt die sofortige Bildung eines Untersuchungsausschusses zur Nachprüfung des Unglücks.

Präsident Loebe bittet, angesichts der Majestät des Todes keine Streitfragen aufzurollen und ersucht die Kommunisten, den Antrag erst in der Freitagsitzung einzubringen, wenn näheres über das Unglück bekannt ist. — Die Kommunisten sind damit einverstanden.

Die 2. Lesung des Haushaltsplanes wird dann beim Reichsarbeitsministerium

fortgesetzt.

Nach Ausführungen verschiedener Redner bedauert Ministerialrat Ritter, daß infolge des Verhaltens der Länder in der Unterstützungsfrage einheitliche Grundsätze noch nicht erzielt seien.

Ein Antrag Gsch (Soz.), die Unterhaltungen von Invaliden ehemaliger Angestellten und Arbeiter früherer Deeresbetriebe um 2 1/2 Millionen Mark zu erhöhen, wird angenommen.

Die Erörterung wendet sich dann dem Reichsversicherungsamt zu. Es sprechen die Abg. Dr. Moses (Soz.), Gadenkamp (D. Natl.) und Abg. Frau Arenhofer.

Vor der Abstimmung über einige Erhöhungsanträge bezweifelt ein nationalsozialistischer Abgeordneter die Beschlußfähigkeit des Hauses. Dieses fällt sich aber rasch, als die Glockenzeichen gegeben wurden, so daß Vizepräsident Dr. Niefer bald feststellen kann, daß das Haus beschlußfähig ist.

Beim Titel: Reichsarbeitsverwaltung fordert Abg. Siebel (Soz.) Vereinfachung der Verwaltung. Der Redner beschärfte sich mit der Lage auf dem Arbeitsmarkt und verlangt, daß alle Arbeitgeber verpflichtet werden, offene Stellen bei den Arbeitsnachweisen anzumelden.

Darauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Eine Erklärung des Abg. Sellmann

Außerhalb der Tagesordnung gibt Abg. Sellmann (Soz.) eine Erklärung ab gegen die Angriffe, die von Zeitungen der Reichsparteien und der Kommunisten gegen die sozialdemokratischen Mitglieder des zweiten Kabinetts Stresemann aus Anlaß der Aufrichtungsreden gerichtet worden sind. Es sei ihnen Seudetei, Verleumdung und Schwindel vorgeworfen worden. Die „Kreuzzeitung“ habe die früheren sozialdemokratischen Reichsminister als Lügner bezeichnet. Gegen eine Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“, die es als unanständig bezeichnet hat, daß die Sozialdemokratie ja lange geschwiegen habe, erklärt der Abgeordnete, daß die Reichsregierung und die Ruhrindustrie bis vor kurzem den Eindruck erweckt haben, als würden die Kommunisten nicht vom Reich, sondern von den beteiligten Industriellen getragen werden.

Präsident Loebe stellt fest, daß diese Erklärungen jetzt allmählich ins Uferlose gehen und daß daher der Ailesternat am Freitag sich mit der Frage beschäftigen wird (Lebhafter Beifall).

Abg. Sellmann (Soz.) erhebt Einspruch gegen diesen Monolog Sellmanns. Es handelt sich hier um Behauptungen, denen andere gegenüberstehen.

Präsident Loebe gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Zeit dieser Monologe bald vorüber sein werde (Lebhafter Beifall).

Angenommen wird noch ein Antrag Lamber (Soz.), wonach der ständige preussische Sicherheitskommission und dem Betriebsrat der Reichsminister Stein vier Reichstagsabgeordnete für die Untersuchung beigegeben werden sollen.

Schließlich verlag sich das Haus auf Freitag 2 Uhr: Arbeitsministerium. Schluß 3.30 Uhr.

Der Jahrestag der Krönung des Papstes wurde am Donnerstag in Rom anlässlich des Jubiläumjahres mit großer Feierlichkeit in St. Peter in Gegenwart des gesamten Kardinalkollegiums, der Prälaten, des diplomatischen Korps und zahlreicher Pilger begangen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, wird in diesen Tagen von London aus eine etwa 14-tägige Reise zum Besuch der Regierungen von Finnland, Estland und Litauen antreten. Die Reise erfolgt über Stockholm, die Rückreise über Berlin. Der Generalsekretär wird begleitet von dem Direktor der politischen Abteilung des Völkerbundessekretariats, Mautoux.

gezeichneten Gestalt aufwies. Immer wieder muß dabei betont werden, daß Shaw mit Hilfe seiner unzulänglichen Regie-bemerkungen sehr deutlich seine Gestalten kennzeichnet. Und der Braud von Friedrich Brüder war etwas gar so farblos, als daß er noch des Autors Absichten entsprechen hätte. Charakteristischer gelang der Pastor Samuel Gardner von Hugo Söder; ihm gegenüber war die Unverschämtheit des Predigens Frank glaubhaft angebracht.

Der Gedanke, Kammerpiele aufzuführen zu veranstalten, den ich sofort bei Beginn des Verlaufs seiner Ausführung lebhaft begrüßt habe, kann natürlich durch solche Mißgriffe nicht entwertet werden. Aber ich fürchte, er wird allmählich an Wertverlust verlieren, wenn man noch länger mit für Kammerpiele ungeeigneten Stücken auf dieser unzulänglichen Bühne experimentiert. Auch hier wieder offenbart sich der Mangel unseres Landesheaters an einem geeigneten Dramaturgen. Prof. Dr. Karl Holl.

„Der blaue Vogel“ im Konzerthaus. Der blaue Vogel ist der Vogel der Romantik, und zwar in diesem Falle der russischen Romantik. Wir haben ihn in Karlsruhe lieb gewonnen und freuen uns, wenn er auf seiner Reise durch die Welt auch zu uns kommt. Die Romantik, die er uns vermittelt, ist allerdings ganz modern: sie arbeitet mit einem Regieapparat, wie er noch vor 20 Jahren kaum denkbar gewesen wäre, und mit einem Ausdrucksvermögen, das ganz und gar dem heißen Atem unserer Zeit entspricht. Das vom Bad. Landestheater veranstaltete, zweimalige Gastspiel des russischen Deutschen Theaters „Der blaue Vogel“ hatte ein zahlreiches Publikum ins Konzerthaus gelockt. Zwar stand, als Ganges genommen, das Programm nicht auf derselben Höhe, wie das letzte Sommerprogramm. Aber es war noch immer mächtig genug, um das Publikum aufs stärkste zu fesseln. Nur die der künstlerische Leiter, Herr Juchna, in Zukunft auf den fühllos-verlorenen Schmarren „Im Monat Mai“ zurückzuführen, eine andere, recht russische Nummer verdrängen. Besonders eindrucksvoll war das Schlüsseld. In den Bergen des Kaukasus, das die gleichzeitig säuerliche und milde Seele des Affalen in wunderbaren Bildern vor uns enthüllt. C. A.

Die Untersuchung der Finanzaffären

Im preussischen Untersuchungsausschuß

erklärte am Donnerstag Legationsrat von Barmat u. a.: Barmat wurde der deutschen Gesandtschaft in Haag zuerst bekannt als Volksherr. Später suchte er Fühlung zu gewissen Kreisen der holländischen Sozialdemokratie. In einem ausführlichen Brief des Gesandten von Rosen vom 21. Januar 1919 wird über Barmat gesagt, er sei ein russischer Jude und streppelose Opportunist sowohl in politischer wie in finanzieller Beziehung. In Berlin wurde er bei Unterstaatssekretär Töpfer durch den Abg. Freilmann eingeföhrt. Bei dieser Gelegenheit bat er um Erleichterung der Einreiseerlaubnis. Unterstaatssekretär Töpfer schrieb darauf an Rosen, er habe gehört, daß zwischen Ebert und Barmat intime Beziehungen bestünden. Töpfer habe den Gesandten Barmat einen Dauersichtvermerk zu erteilen. Auf diesen Brief hin erteilte die Gesandtschaft einen Dauersichtvermerk. Aber die Angelegenheit der Durchreise der Eltern und Verwandten Barmats bedauert von Barmat, er wisse aus den Akten, daß der ehemalige Reichszankler Bauer sich mit einem Empfehlungsschreiben an Stockhammern wandte und ihn um Hilfe bei der Durchreise der Angehörigen Barmats bat. Außer dem Reichszankler Bauer hätten sich für die Durchreise von Familienmitgliedern der Barmats auch der Abg. Stücken sowie der Polizeipräsident Richter gelegentlich verwendet.

1918 sei Barmat in einem amtlichen holländischen Schreiben als Kriegsschwindler bezeichnet und vor ihm gemarnt worden. Anfang Juli 1919 habe Abg. Sellmann den Minister Müller-Frankten um Einreiseerlaubnis für Barmat und seine Frau gebeten. Der Junge zählt weiter eine Anzahl von Fällen auf, in denen u. a. Reichszankler Bauer und Abg. Stücken sich für Fahbisa für die Familie Barmat eingesetzt haben.

In der Nachmittagsitzung erhält Polizeipräsident Richter das Wort, der in ergänzenden Aussagen ein Bild über die Verhältnisse verfloßener Jahre gibt. Er erklärt, als er 1920 das Amt des Berliner Polizeipräsidenten angetreten habe, habe ein außerordentlich starker Zustrom von Ausländern eingest. Höchstens ein Drittel, nämlich 50 000 Ausländer, haben sich gemeldet. Im Büro des Zeugen hätten sich die erschüb- tersten Szenen abgespielt. Nicht nur die Gebrüder Barmat seien zu ihm gekommen, die Besucher rekutierten sich aus allen Ländern. Wie schwierig damals die Verhältnisse lagen, zeigen auch ministerielle Erlasse. Es sollte jeder Ansehen vermieden werden, als ob eine fremdenfeindliche Politik betrieben werde. Es seien in Berlin mehr als 100 000 Ausländer anwesend gewesen, die nicht legal eingereist waren, aber trotzdem geduldet worden mußten. Er wolle nicht bestreiten, daß er am 1. Juli 1920 auch für Salomon Barmat eine Empfehlung an das Auswärtige Amt gegeben habe. Was seine Aufenthaltserlaubnisse für Mitglieder der Familie Barmat ohne Anhörung des Wohnungsamtes betreffe, so sei das Polizeipräsidium an die Anordnungen des Wohnungsamtes durchaus nicht gebunden.

Es wird nun in die Prüfung der Wohnungsangelegenheiten von Antister und Barmat eingetreten. Den Bericht über die Wohnungsangelegenheit Antister erstattet von Waldhausen (Dnl.). Aus den Akten ergebe sich, daß Antister mit allen Mitteln verfuhr, seinen Standpunkt durchzubriden, was ihm auch gelungen sei.

Gegen Schluß der Sitzung kommt es zu einem Zwischenfall. Als der kommunistische Abgeordnete Kollwitz die Untersuchung eine Komödie nennt, wird er zur Ordnung gerufen und schließlich von der Polizei zusammen mit zwei anderen Kommunisten aus dem Saal entfernt.

Eine Erklärung der Reichspost

Wie die Berliner Blätter aus dem Reichspostministerium erfahren, hat ein besonderer Ausschuß des Verwaltungsrates der Reichspost seine Untersuchung beendet und festgestellt, daß das vorhandene Material keinen Anlaß gibt, an der Integrität der Postbeamten zu zweifeln. Die Kreditgewährung der Post hat 600 Millionen Mark umfaßt. Davon ist der größte Teil der Reichsbank gegeben worden, ein fast ebenso großer Teil an die Staatsbank und andere erstklassige Geldinstitute. Nur wenige Posten fallen aus diesem Zusammenhang heraus: 1. der Kredit an Mannesmann; 2. der Kredit an Lange-Hegermann; 3. der Kredit an Barmat.

Die Angelegenheit Mannesmann liegt so: Die Betriebsverwaltung der Post mußte sich im Oktober 1923 Gold verschaffen, um ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Depositen- und Handelsbank hat bei der Goldbeschaffung keinen über das übliche Maß hinausgehenden Nutzen gezogen. Der Devisenkommissar prüfte diese Dinge. Auf diese Weise sind etwa 800 000 Mark Gold aus etwas dunklen Kanälen herausgeholt und der Volkswirtschaft zugeführt worden. Diese Goldbeschaffung war mit dem 25. Nov. 1923 erledigt. Im Februar und März 1924 trat der Abg. Dr. Heisler, der Mitglied des Aufsichtsrates der Depositen- und Handelsbank war, an die Post mit dem Ansuchen heran, dieser Bank die Bewirtschaftung von Postgeldern zu übergeben. Das wurde abgelehnt. Es wurden dann 5 Millionen Mark an die Depositen- und Handelsbank gegeben, weil die Firma Mannesmann die Bürgschaft leistete. Nach 3 Monaten blieb die Zinszahlung der Bank aus. Dazwischen war das Darlehen vom Minister allein prolongiert worden. Man wollte die Geschäftsbeziehungen lösen und verhandelte mit den Bürgen und dem Konzern der Mannesmann-A.G. Diese Aktiengesellschaft übernahm die Schulden und stellte eine Goldhypothek auf. Alfred Mannesmann bürgte auch mit seinem Privatvermögen. Natürlich verlangte die Gesellschaft eine Gegenleistung. Diese wurde ihr in einem Gesamtkredit von 7 1/2 Millionen Mark gewährt, sowie in einer Ermäßigung des Zinsfußes auf den Reichsbankdiskont. Von diesen 7 1/2 Millionen wird die Post nichts verlieren.

Die Angelegenheit Lange-Hegermann umfaßt 2 Millionen, die diesem Herrn übergeben wurden auf Ersuchen des Ministers für die besetzten Gebiete, Dr. Hoffe, um diesen Kredit dem besetzten Gebiete zugänglich zu machen. Er ist auch noch Bonn gekommen, aber dann in andere Kanäle geleitet worden. Für diesen Kredit hat die Reichsbank die Bürgschaft übernommen, ebenso die Preussische Seehandlung.

Der Kredit an Barmat hat 600 Millionen umfaßt, ohne sich mit den Beamten seines Ministeriums in Verbindung zu setzen. Er betrug 14 1/2 Millionen. Die Banken haben volle Haftung übernommen und diese Schulden anerkannt. Andere Kredite, die Barmat bekommen hat, sind nicht von der Post gegeben worden. Die 14 1/2 Millionen sind gesichert durch Effekten im Goldwerte von 4 Millionen. Für die übrigen Gelder sind Sicherheiten vorhanden durch die Garantie der Garantiebanc und Rückversicherungsgesellschaften. Die Seehandlungsgesellschaft wickelt die Anleihe ab. In der Spitze des Aufsichtsrates dieser Gesellschaft steht Dernburg.

Die Unregelmäßigkeiten bei der Preussischen Staatsbank. Die „Vossische Zeitung“ erfährt noch folgende Einzelheiten zu den neuauftretenden Unregelmäßigkeiten bei der Preussischen Staatsbank. Die betriebsföhrenden Beamten haben Stadtanleihen von einzelnen Banken aufkaufen lassen, die Käufe jedoch nicht verbucht, sondern die Papiere, obwohl sie mit den Geldern der Seehandlung bezahlt wurden, in ihren Privatgemachraum genommen. Als die Papiere durch fortgesetzte

systematische Käufe bedeutend gestiegen waren, haben sie dann die Papiere verkauft und Hunderttausende verdient. Anscheinend haben sie darauf aus dem großen Gewinn den Einlaufbetrag ganz oder teilweise an die Staatsbankasse zurückbezahlt, nachdem sie mit diesem Gelde so glücklich operiert hatten.

Neue Verhaftungen

Im Verfolg der Untersuchung der Darmstadt-Rückführungsangelegenheit ließ die Staatsanwaltschaft auch auf Konten des Berliner Justizrates Dr. Werthauer und seiner Sozietät Dr. Engelbert und Dr. Pröll. Aus diesen Konten, sowie verschiedenen Zeugnisaussagen ging hervor, daß die Genannten sich schwer gegen die Gesetze zugunsten des Darmstadtgerichts verhalten haben. Daraufhin hat sich die Staatsanwaltschaft entschlossen, Dr. Werthauer und Dr. Engelbert wegen Beihilfe zum Betrug zum Schaden der Preussischen Staatsbank und wegen Beihilfe zum Konkursvergehen festzunehmen.

Kerner sollen, wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, Ermittlungen neues Material ergeben haben, durch das der Polizeipräsident Richter nicht nur der passiven Beamtenbestechung, sondern auch der Begünstigung beschuldigt wird, so daß das Ermittlungsverfahren auch gegen ihn eingeleitet wurde.

Zu dem Verfahren gegen Dr. Höfle wird noch berichtet, daß der Vorwurf wegen Untreue im Amte mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft in dem Haftbefehl gestrichen wurde. Kerner wird behauptet, daß die Depositen- und Handelsbank Einnahmen für Dr. Höfle fälschlich in ihren Büchern geführt hat. Die bisherigen Ermittlungen in dieser Richtung haben nichts Belastendes gegen Dr. Höfle ergeben.

Badischer Teil

Badischer Landesverband für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge

Der nächste Kurs über Säuglings- und Kleinkinderpflege für Mütter und Mädchen über 18 Jahre beginnt am Montag, den 16. Februar 1925 im Kinderkrankenhaus, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstraße 1; er findet an 10 Abenden jeden Montag und Donnerstag von 8-10 Uhr statt.

Zur Deckung des Kostenaufwands wird ein Kursgeld von 3 M. erhoben. Bedürftigen kann eine Freiermäßigung gewährt werden.

Anmeldungen werden bei der Geschäftsstelle im Kinderkrankenhaus, Karlsruhe, Karl-Wilhelmstr. 1, 2. St. entgegen genommen.



Badisches Landestheater

Samstag, 14. Februar. 7-10 Uhr. Mk. 4.50. Th.-Gem. II. Sondergr. Neu einstudiert: **Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das liederliche Kleeblatt.**



Badisches Landestheater

SPIELPLAN: 15.-24. FEBRUAR 1925

IM LANDESTHEATER:	
SONNT.	Bienzi, der letzte der Tribunen. 6-10 UHR * B 17. (7.-)
MONT.	6. Sinfonie-Konzert des Bad. Landesorchesters 7 1/2 b. n. 9 UHR Leitung: Generalmusikdirektor Rudolf Schulz-Dornburg-Bochum. Werke von Reger, Sekles und Scriabine. Th.-Gem. 1501-1700, 2801-3400. (4.50.)
DIENST.	Der Barbier von Bagdad. 7-9 1/2 UHR Hierauf: Pierrots Sommernacht. * D 16. Th.-Gem. 2501-2800. Volksbühne 6. (6.-)
MITTW.	Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das liederliche Kleeblatt. 7-10 UHR * C 17. Th.-Gem. 3001-3400, 5001-5100. (4.80.)
DONNT.	Lohengrin. 6 b. g. 10 1/2 UHR * Th.-Gem. 2801-3000, 6901-7000. Volksbühne 6. (7.-)
FREIT.	Holyportage. 7 1/2-9 1/2 UHR * A 17. Th.-Gem. 1701-2000, 3401-3700. Volksbühne 6. (4.50.)
SAMST.	Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das liederliche Kleeblatt. 7 b. n. 10 UHR * Th.-Gem. 4001-4400, 5101-5300. (4.80.)
SONNT.	Neu einstudiert: Boccaccio. 6 1/2-9 1/2 UHR Operette von Suppé. * F 16. Th.-Gem. 3701-4000. (7.-)
MONT.	Der böse Geist Lumpacivagabundus oder Das liederliche Kleeblatt. 7 b. n. 10 UHR * E 17. Th.-Gem. 4401-4800, 5301-5500. (4.80.)
DIENST.	Boccaccio. 7-10 UHR * G 17. Th.-Gem. 4801-5000, 6701-6800. Volksbühne 6. (7.-)
IM KONZERTHAUS:	
SONNT. (15.)	Das Glas Wasser. * (3.80.) 7-10 UHR
SONNT. (22.)	Zum erstenmal: Der wahre Jakob. 7 b. n. 9 UHR Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach. * (3.80.)
KAMMERSPIELE IM KÜNSTLERHAUS:	
MITTW. (18.)	Frau Warrens Gewerbe. 7 1/2-10 UHR Th.-Gem. 1001-1300. (4.-, 3.-, 2.-)
Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 14. Febr., nachm. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch von Montag, 16. Febr. an. Auslosung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-6 Uhr).	

Die diesjährige Staatsprüfung im Hochbaufach (Regierungsbaumeisterprüfung) wird nach Maßgabe der hierüber bestehenden allgemeinen Bestimmungen (S. u. B. Bl. 1914 S. 336) Anfang April beginnen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März beim Finanzministerium einzureichen.

Kurze Nachrichten aus Baden

W.D. Ludwigshafen, 13. Febr. Im Ludwigshafener Aufbruchprozess (es handelt sich um die Ausgrenzungen vor der Bad. Anilin- und Sodafabrik im Sommer vorigen Jahres) wurde gestern abend das Urteil gefällt. Der Antrag der Verteidigung auf Einstellung des Verfahrens war vom Gerichtshof zurückgewiesen worden, weil die Voraussetzungen zu § 7 des Londoner Abkommens hier nicht gegeben seien. Es erhielten: ein Angeklagter ein Jahr sechs Monate, zwei Angeklagte je ein Jahr, ein Angeklagter acht Monate, ein Angeklagter 7 Monate, fünf Angeklagte je 6 Monate, fünf Angeklagte je 4 Monate, zwei Angeklagte je 5 Monate, einer drei Monate und drei Angeklagte je 2 Monate Gefängnis. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Allen Angeklagten ist ein Teil der Untersuchungskosten anzurechnen. Als Milderungsgründe nahm das Gericht die maßlose Erregung und Verbitterung der Massen, sowie die allgemeine wirtschaftliche Lage an. Zur Urteilsverkündung hatte sich vor dem Gerichtsbau eine große Menschenmenge angesammelt. Zwischenfälle ereigneten sich jedoch nicht.

Aus der Landeshauptstadt

Landestheater. Der seit einigen Jahren geübte Brauch, in der Zeit um Fasching eine der alten guten Gefangenspielen neu einzustudieren, hat sich durch die Erfolge von „Krieh-Heinrich“ und im Jahr zuvor durch „Robert und Vertram“ in so überraschender Weise bewährt, daß erwartet werden darf, die altberühmte Wiener Gefangenspielle von Joh. Nepomuk Nestor: „Der böse Geist Lumpacivagabundus oder das liederliche Kleeblatt“, die in der diesjährigen Neueinstudierung durch Felix Baumbach am Samstag, den 14. Februar, zum erstenmal in Szene geht, wird sich auch diesmal wieder der selben fröhlichen Aufnahme erfreuen dürfen, die sie, wie überall, so auch auf unserer Bühne, seit fast einem Jahrhundert stets gefunden hat. Das lustige Stück geht in völliger Neubearbeitung der Hauptrollen in Szene; die drei Figuren des „Liederlichen Kleeblatts“ werden von den Herren Herz, Kloebe und Müller bargefellt.

Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen

	13. Febr.		12. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.87	169.29	168.89	169.31
Kopenhagen 100 Kr.	74.76	74.94	74.73	74.91
Natalien 100 L.	17.35	17.39	17.40	17.44
London 1 Pf.	20.07	20.09	20.05	20.10
Newyork 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris 100 Fr.	22.29	22.35	22.51	22.57
Schweiz 100 Fr.	80.85	81.05	80.87	81.07
Wien 100.-00 Kr.	5.90	5.92	5.90	5.92
Brag. 100 Kr.	12.44	12.40	12.38	12.42

Zuteilung überall 100 Prozent

Verschiedenes

Die Dortmunder Grubenkatastrophe

hat nach Mitteilungen des Dortmunder Oberbergamts an Opfern 129 Tote und 8 Verletzte gefordert. 119 Tote sind geborgen. Die Explosion ist entstanden im Südkloster der Schachtanlage 3 und hat zwei Bauabteilungen in Mitleidenschaft gezogen. Es werden hier vier Hölzer der mittleren Festholzpartei gebaut, drei weitere Hölzer stehen in Vorrichtung. Explosionsherd und Explosionsursache können noch nicht festgestellt werden, da die Baue wegen der vorhandenen zahlreichen Brüche noch nicht sämtlich befahren werden konnten. Die Gerichte, die über die Explosionsursachen in Umlauf sind, enthalten jeder Begründung. Zurzeit kann nur gesagt werden, daß Kohlenstaub bei der Explosion mitgewirkt hat. Eine weitere Gefahr für Menschenleben besteht nicht. Die Sicherung der durch die Explosion betroffenen Baue gegen Gesteinfall war beachtet, aber noch nicht vollkommen durchgeführt. Die vorgeschriebenen Verfestungsarbeiten waren vorhanden. Die einzelnen Abteilungen waren außerdem teilweise durch Gesteinfall-Hauptstrecken gesichert.

Reichsanzler Dr. Luther ist mit dem fahrplanmäßigen Zug abends um 11.30 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Dortmund eingetroffen. Er wurde vom Oberbürgermeister Dr. Eichhoff begrüßt und begab sich in dessen Begleitung sofort zu der Unglücksstätte. Der Reichsanzler, der aus seiner langjährigen Tätigkeit in Essen mit dem Grubenbau vertraut ist, ließ sich insbesondere über die Bergungsarbeiten und den Stand der Sicherungsmethoden Bericht erstatten. Er verließ bei 1 1/2 Uhr auf der Unglücksstätte und hatte auch eine Unterredung mit dem Betriebsrat. Nachts reiste der Reichsanzler wieder ab.

Badische Lichtspiele
für Schule und Volksbildung
Konzerthaus

Der verlorene Schuh

Nach dem Aschenputtel-Märchen mit Motiven von E. T. A. Hoffmann und Brentano von Dr. Ludwig Berger 57
Die Musik wird von der Polizeikapelle gestellt
Samstag, 14. Februar, nachm. 4 und abends 8 Uhr
Sonntag, 15. Februar, nachm. 4 Uhr
Dienstag, 17. u. Mittwoch, 18. Februar, jeweils abends 8 Uhr, Mittwoch auch nachm. 4 Uhr
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstraße
Preise: Mark 1.70, 1.50, 1.-, 0.60 - Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise

Erlen 15 Stück (4.85 Festmeter).
Kappel 10 Stück (5.99 Festmeter).
1925 beim Gemeinderat Angebote sind bis längstens am 25. Februar einzureichen.
Aulendorf, 12. Febr. 25.
Weid, Bürgermeister.

Stammholzversteigerung.
Das Forstamt Pfiffsburg versteigert am Freitag, den 20. Februar 1925, vormittags 9 Uhr, in der „Waldhofrestauration“ in Graben aus dem Wald Mühlheimer Miltheim Schlag 1 u. 6: 45 Weiden II. bis IV. Ml. mit 29 Festmeter, 12 Kufchen III. bis V. Ml. mit 7 Festmeter, 1 Eiche V. Ml. mit 0.25 Festmeter. Vorzeiger: Forstwart Gager in Mühlheim.

Buchen- und Eichen-Stammholzverkauf.

Bad. Forstamt Mittelberg in Etlingen verkauft freihändig aus den Distrikten II.-VI.

1. Buchenstammholz: Fests. 2 II, 51 III, 121 IV, 0.37 V, in drei Losen.
2. Buchenweller: Fests. 79 I, 25 II in einem Los.
3. Eichenstammholz: Fests. 1 II, 38 III, 274 IV, 239 V, 2 VI in 7 Losen. 3.514

Kosweise Angebote in Prozenten der Goldmarkgrundpreise bis 20. Februar 1925 erbeten.
Vorzeiger des Hofes für Distrikt II, III, Forster Eisele in Marzell und Oberforstwart Bläß, Mehlinschwarderhof, für Distrikt IV. und V. Oberwart Kunz, Schießberg und für Distrikt VI. Forstwart, Geisfert, Langels. 3.514

Nähere Auskünfte durch das Forstamt.

Stammholzversteigerung

des Forstamts Odenheim am Freitag, den 20. Februar, früh 9 Uhr, im „Ritter“ in Odenheim. 1. aus Staatswald Kobelbacher Busch, Kraftgrund, Häuselwald, Forst, Weiseloch und Garberg (Forster Strider in Odenheim); 118 St. I.-VI mit rund 112 Fests. 102 Kufchen I.-IV. mit 108 Fests. 3 Eichen V., 2 Eicheer IV. u. V., 1 Horn IV., 12, 15, 16, 17 (Forster Jun) in Eigenheim: 544 Fests. mit 57.26 Fm. I., 244, 11 Fm. II., 136, 46 Fm. III Ml. 9. am Donnerstag, den 19. Februar 1925, mittags 11 1/2 Uhr, in der Hofe in Eigenheim aus Abt. IV, 12 b (Forster 2. Hof, Parthaus) IV, 17 (Oberforst-